Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

15.7.1931 (No. 162)

Visual Library

Nr. 162 Mittwoch, den 15. Juli 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: i. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Pariser Besprechungen

Henderson und Stimson in Paris

Der englische Außenminister **Henderson** ist am Dienstag in **Paris** eingetroffen, ebenso heute aus Rom der amerikanische Außenminister **Stimson**.

Auf der Fahrt von Calais nach Paris erklärte **Henderson** gegenüber einem Vertreter des Reuter-Büros unter Bezugnahme auf die **Unterredungen**, die er in **Paris** und **Berlin** haben werde, ihr gemeinsames Ziel bestehe vor allem darin, die **Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und das Werk Hoovers vorwärtszubringen.** In verschiedenen Kreisen sei die Meinung aufgetaucht, daß die **britische Regierung** ihre Hilfe für Deutschland mit verschiedenen Bedingungen verknüpfe. Dem sei nicht so. Die britische Regierung habe den Plan Hoovers **vorbehaltlos** angenommen und sie wünsche lediglich eine Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu finden. Er, Henderson, vertraue darauf, daß er in **Paris und Berlin die gleiche Auffassung** finden werde. Im weiteren Verlauf seiner Erklärungen betonte der britische Außenminister besonders, wie wichtig es sei, alles zu tun, um eine **französisch-deutsche Verständigung** zu fördern, weil sie in Europa größeres Vertrauen und eine Atmosphäre des guten Willens schaffen werde, die für einen Erfolg der Abrüstungskonferenz außerordentlich wichtig sei.

Englische Stimmen

WTB. London, 15. Juli. (Tel.) Ein Leitartikel der „Times" befaßt sich mit **Hendersons Reise** nach Frankreich und Deutschland. Das Blatt schreibt, die Reise ist zu einer **Mission der internationalen Verständigung** geworden, zu einem bedeutsamen Akt der Höflichkeit und des guten Willens gegenüber den beiden Ländern, deren dauernder Gegensatz Europa in zwei Lager trennen würde, während ihre Freundschaft mehr als alles andere die allgemeine Stabilität sichern könne. Wie leidenschaftlich die französische Öffentlichkeit auch an den „**Garantien**" hängen mag, müssen sich doch wohl die weitsichtigeren Mitglieder der französischen Regierung fragen, ob der Versuch, politische Zugeständnisse von Dr. Brüning durch finanzielle Hilfe zu erpressen, auch wenn er **im Augenblick** erfolgreich wäre, auf die Dauer nicht seine eigenen Zwecke zunichte machen würde. Es besteht auch **keine Aussicht, daß eine andere deutsche Regierung sich als zugänglicher** gegenüber den französischen Wünschen erweisen dürfte.

Während sich die Londoner Blätter im allgemeinen eines ruhigen Tones gegenüber Frankreich befleißigen, schreibt „Financial Times": Es läßt sich kaum bestreiten, **daß Frankreich die Verantwortung dafür trägt**, durch das **Hineintragen der Politik** in eine Frage, die von allen anderen als nichtpolitisch betrachtet wird, Zentraleuropa entzündet zu haben. Frankreich wird man beschuldigen müssen, wenn es durch seine Nichtbeteiligung an dem Kredit zu einem noch größeren Zusammenbruch kommt. „Financial News" ist relativ **optimistisch**. Auf jeden Fall müsse die Hauptsache betont werden, daß die jetzigen Schwierigkeiten Deutschlands nicht das Vorspiel eines Zusammenbruchs sind. Wer an eine Katastrophe glaubt, gibt nur der unvernünftigen Angst nach, die mehr als andere die jetzige Krise heraufbeschworen hat.

*

WTB. New York, 15. Juli. (Tel.) „Times" interpretiert die Bemerkung des Gouverneurs der Bank von England, **man solle nicht alles glauben, was man höre** dahin, daß hinter den Kulissen Dinge vorgehen, über die die Welt noch nicht informiert sei. Dies könne sicher als eine klare Andeutung aufgefaßt werden, daß die **Lage Deutschlands** nicht so verzweifelt sei, wie dies geschildert werde.

Macdonalds Reise nach Deutschland

WTB. London, 15. Juli. (Tel.) „Times" meldet: **Macdonald** wird am Freitag seine Reise nach Berlin **mit einem** Flugzeug antreten, von zwei anderen Flugzeugen begleitet. Die drei Flugzeuge werden Hendon um 10 Uhr verlassen und um 12.30 Uhr in Rotterdam eine Zwischenlandung vornehmen. Zwei Stunden später werden sie wieder starten und um 18.30 Uhr auf dem Flugplatz Tempelhof eintreffen. Der Rückflug wird auf demselben Wege am Montag erfolgen.

Eine Ansprache des französischen Botschafters in Berlin

Der französische Botschafter **de Margerie** in **Berlin** hat am Dienstag bei einem **Empfang der französischen Kolonie**, der aus Anlaß des Nationalfestes stattfand, eine **Ansprache** gehalten, in der er u. a. ausführte:

Wenn wir gewisse Fehler feststellen, die notwendigerweise verhängnisvolle Folgen gehabt haben, so ist es nicht gewiß, daß sie alle hätten vermieden werden können. Die Franzosen können nicht auf das Recht verzichten, wo **die größere Verantwortung** zu suchen ist. Aber es sei ein Vorzug der französischen Rasse, daß der Sinn des Mitgefühls und der Menschlichkeit ihr erlaube, sich nicht so sehr über die ungerechten Angriffe zu sorgen. Selbst wenn eine Meinung, die man besser oder weniger leidenschaftlich unterrichtet sehen möchte, sich verirre, wüßten die Franzosen, daß diejenigen, die die Verantwortung trügen, eine Vorsicht auf französischer Seite verstehen würden, die durchaus nicht die mutige Übernahme von Risiken ausschließe, und sie wüßten, wenn Frankreich **dauernde Lösungen** zu erreichen versuche, daß dieses Gefühl bestehe, um ein grausames Morgen zu vermeiden. Wir dürfen, sagte der Botschafter, in diesem Lande trotz so vieler Schwierigkeiten nicht aufhören, **für ein besseres Verstehen der französischen Absichten** zu sorgen. Schließlich gab de Margerie seiner Hoffnung Ausdruck, daß aus der augenblicklichen Krise ein **besseres Begreifen der internationalen Gegensätze** sich ergeben werde, damit man endlich das Wunder der notwendigen Harmonie erlebe.

Letzte Nachrichten

Börsenschluß bis Samstag

im ganzen Reich

WTB. Berlin, 15. Juli. (Tel.) Über den heutigen Beschluß des Börsenvorstandes wird folgende Mitteilung herausgegeben: Die Börsen bleiben am 16., 17. und 18. Juli für den Wertpapierverkehr — Effekten, Devisen und Metallen — geschlossen.

Bis zum gleichen Zeitpunkt bleiben auch nach Meldungen von den einzelnen anderen Börsenplätzen die Börsen geschlossen.

Das Zahlungsmittelproblem

Vorschläge der Städte

WTB. Berlin, 15. Juli. (Priv.-Tel.) Der engere Vorstand des deutschen Städtetages beriet in Anwesenheit des Reichsinnenministers Dr. **Wirth**, des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. **Kleiner**, und anderer Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden eingehend die Finanz- und Wirtschaftslage der Städte und öffentlichen Banken.

Man war sich darüber vollkommen einig, daß sofort Schritte ergriffen werden müssen, um die Zahlungsfähigkeit der öffentlichen Kassen zu sichern und sobald als möglich wenigstens einen beschränkten Zahlungs- und Wirtschaftsverkehr wieder aufzunehmen, zugleich aber den völlig ungerechtfertigten Abhebungen bei den Sparkassen entgegenzuwirken, die zum größten Teil nur aus übertriebener Nervosität zu erklären sind. Es bestand ferner darüber Übereinstimmung, daß die Sparkassen ebenso wie die Banken in die Lage versetzt werden müssen, von den ihnen gesetzlich zustehenden Lombardierungsmöglichkeiten bei der Reichsbank Gebrauch zu machen; das bezieht sich in erster Linie auf die Kommunalanleihen. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß ausreichende Zahlungsmittel auch bei den öffentlichen Kreditinstituten bereitstehen. Alsdann würden die Städte und Sparkassen durchaus in der Lage sein, ihren Verpflichtungen im Interesse der Gesamtheit vollkommen zu genügen.

Dr. Brüning beim Reichspräsidenten

WTB. Berlin, 15. Juli. (Tel.) Der **Reichspräsident** empfing heute vormittag den Reichskanzler Dr. **Brüning** zum Vortrag.

500 RM. Geldstrafe gegen Dr. Franzen beantragt

CNB. Berlin, 15. Juli. (Priv.-Tel.) Oberstaatsanwalt Dr. **Köhler** beantragte heute am Schluß seiner Anklagerede, den braunschweigischen Staatsminister Dr. **Franzen** wegen Begünstigung des Landwirts Guth zu 500 *RM* **Geldstrafe**, evtl. für je 25 *RM* einen Tag Gefängnis, zu verurteilen.

Devisenzuflüsse bei der Reichsbank

Gesicherter Markkurs

Wenn auch der Devisenverkehr durch die Schließung der Börsen offiziell aufgehört hat, so verweigert die Reichsbank keineswegs die Hergabe von Devisen, sondern löst gemäß den Bestimmungen des Bankgesetzes auf Verlangen Reichsbanknoten gegen Devisen ein.

Allerdings werden, wie wir erfahren, die Devisen **nur noch gegen sofortige Barzahlung** abgegeben, und zwar nach dem Kurs, der etwa mit dem vom Samstag übereinstimmt. Durch die Verschärfung der Kreditrestriktion werden von der Reichsbank nur noch Wechsel kurz vor Fälligkeit diskontiert, was ein etwa 50prozentiges Einlösen der Einreichungen bedeutet. Die Reichsbank hat infolgedessen in den letzten beiden Tagen **keine Devisenverluste** aufzuweisen, sondern sogar einen Zugang an Devisen. Da damit die verschärfte Restriktion den erwarteten Zweck erreicht hat, ist es vorläufig fraglich, ob es zum Erlaß der erwarteten Devisenverordnung kommt, die bekanntlich nur mit internationaler Zustimmung erlassen werden kann, da im Anschluß an den Youngplan die Einlösungspflicht der Reichsbank festgelegt würde. In Bankkreisen steht man nach den Erfahrungen des Jahres 1924 einer Devisenverordnung skeptisch gegenüber.

Die Tatsache, daß die Reichsbank ihrer Einlösungspflicht durchaus nachkommt, hat ihren Eindruck auf das Ausland nicht verfehlt. Nach den anfänglich schwachen Markkursen, die auf eine gewisse Panikstimmung zurückzuführen waren, hat sich eine **allgemeine Besserung** durchgesetzt.

Gegen eine Stockung der Steuerzahlungen

Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben in gewissem Umfange zu einer **Stockung der Steuerzahlungen** geführt. Eine derartige Stockung muß im Interesse der Allgemeinheit mit allen Mitteln bekämpft werden. Gerade in Zeiten wie in den gegenwärtigen ist besonders Wert darauf zu legen, daß jeder seinen steuerlichen Verpflichtungen pünktlich nachkommt. Gehen die geschuldeten Steuern nicht pünktlich ein, so wird, wie bisher, mit Einzug im Nachnahmeverfahren, Mahnung und Beitreibung vorgegangen werden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch trotz der beiden Bankfeiertage Steuerüberweisungen von den Banken, Sparkassen und Postscheckämtern, sowie Scheckzahlungen jederzeit vorgenommen werden müssen. Dies gilt auch für die Inhaber von Konten bei der Darmstädter- & Nationalbank.

Zur Lage

Die Zahlungsmittelkrise — die „Politischen Bedingungen"

Seit drei Wochen ist nun die **Hoover-Aktion** in Gang. Sie hat uns wegen des erfolgreichen **französischen Widerstands** keine Erleichterung gebracht. Zu allem Unglück kamen noch die Schwierigkeiten an das Ausland kurzfristig verschuldeter großer Industrieunternehmungen und anschließend daran die Illiquität einer der größten deutschen Banken, die außerdem bei den gleichen Stellen des Auslands Kredite aufgenommen hatte. Der Fall der **Danatbank** hatte den verhängnisvollen **Run auf die Kassen** zur Folge und die **Verknappung an Zahlungsmitteln**, die Schädigungen des Auslands zusammen mit dem politischen Druck Frankreichs, die außerordentlichen **Devisenabzüge**. Die Bank für internationale Zahlungen in Basel hat zwar die Verlängerung des Auslandskredits von 420 Millionen, der am 16. Juli fällig gewesen wäre, beschlossen, aber diese Verlängerung um drei Monate war schon deshalb notwendig, weil die Reichsbank aus Mangel an Devisen diesen internationalen Kredit sowieso nicht hätte zurückzahlen können.

Die erste Sorge ist die **Behebung der Bargeldknappheit. Morgen laufen die Bankfeiertage ab**, das Reichskabinett hat bereits in der gestrigen Abendsitzung darüber beraten, wie diese Bankfeiertage wieder abgebaut werden sollen, **denn die Wirtschaft braucht ja Geld schon für die Lohnzahlungen**, und wie man wieder zu normalen Verhältnissen kommen kann. Reichsregierung und Reichsbank sind damit vor außerordentlich schwerwiegende und schwierige Entscheidungen gestellt. Der deutsche Notenumlauf, auch der infolge der Verringerung der Deckungsmittel herabgesetzte, würde an sich vollauf genügen, um den Zahlungsmittelbedarf zu bestreiten. Er wird aber **nicht genügen, wenn sich die Angstabhebungen fortsetzen.** Es wird ein Modus zu suchen sein, wonach die Kreditinstitute **den legitimen Bedarf** ihrer Kundschaft befriedigen können und auf der anderen Seite die Angst- und Hamsterabhebungen der unbelehrbaren Kreise eingeschränkt werden.

Dem Reichskabinett wurde eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Ein Vorschlag sieht die Wiederausgabe von **Rentenbankscheinen** vor, die bekanntlich allmählich unter Umtausch in Reichsbanknoten eingezogen wurden, und von denen noch etwa 400 Millionen im Umlauf sind. Das ginge allerdings nur unter Änderung des Reichsbankgesetzes, wobei ein Termin für die Wiedereinziehung festgesetzt werden müßte. Die Verfechter dieses Vorschlags weisen auf das Vertrauen hin, das das Rentenbankgeld auch weiter beim Publikum genießt. Natürlich müßten die Rentenbankscheine auch dadurch in ihrem Wert gesichert werden, daß ihnen ein jederzeitiges Umtauschrecht in Reichsbanknoten zugebilligt wird, sie würden also als **Ersatzzahlungsmittel** zu dienen haben. Eine gesetzliche Deckung müßte allerdings für sie geschaffen werden. Des weiteren wurde die Ausgabe einer Art **Bankkassenscheine** vorgeschlagen, für deren Unterlage die durch Notverordnung in der vorigen Woche auf rund 1000 Industrieunternehmungen und Banken übertragene anteilsmäßige Garantie für eine ausländische Kreditaufnahme dienen soll. Schließlich lag auch ein Vorschlag vor, daß die Reichsbank von dem Recht Gebrauch machen möge, die **Deckungsgrenze** in Gold und Devisen von 40 Proz. zu unterschreiten.

Dieser Vorschlag begegnete allerdings starken Bedenken, und zwar wegen des **Eindrucks im Ausland**, wo ja die Mark bereits verschiedentlich vorübergehend eine Unterbewertung erfahren hat. Deshalb wurde vorgeschlagen, **den Reichsbankdiskont gleich außerordentlich heraufzusetzen, und zwar notfalls auf 20 Proz.**, das wäre das dreifache des bisherigen Satzes! Ein solcher Zinssatz würde — so führt die „Frankfurter Zeitung" u. a. aus — „mit der Kraft einer hydraulichen Presse überflüssige Devisenvorräte und Warenvorräte aus der Wirtschaft herauspressen und damit uns instandsetzen, die Devisenanforderungen zu befriedigen", sowohl für den laufenden Importbedarf, wie für die Rückzahlungen fälliger Auslandsverpflichtungen, wie für etwaigen Hamsterbedarf des Publikums. Damit würde am ehesten Beruhigung geschaffen. Für die Rückzahlung der fälligen Auslandsverbindlichkeiten müsse ein Modus der **Ratenzahlungen** im Einvernehmen mit den ausländischen Gläubigern gesucht werden. Das wäre allerdings bereits ein **Moratoriumsvorschlag.**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Gegen die Bargeldhamsterei wird ein allgemeines inländisches Moratorium vorgeschlagen, sowie ein Barzahlungsmoratorium, das verfügt, daß Zahlungen nicht in Bargeld erfolgen müssen, sondern auch in Wechseln und Anweisungen stattfinden können, die natürlich durch tatsächlich bestehende Konten gedeckt sein müßten.

*

Die ganze deutsche Krise und ihre Lösung hängen aber vor allem davon ab, **wie mit Frankreich ein Modus gefunden werden kann.** Es handelt sich bekanntlich um die berüchtigten **„politischen Bedingungen"**. Frankreich will nur an der internationalen Finanzhilfe für Deutschland sich beteiligen, wenn Deutschland ihm das gibt, was es unter „politischen Sicherungen" versteht: Verzicht auf die Zollunion in Österreich und Einschränkung des Kriegsschiffsbaus unter das im Versailler Vertrag vorgesehene Maß. Aus innerpolitischen Gründen ist ein solcher Verzicht wohl kaum einer deutschen Regierung möglich, so daß die Regierung Brüning, falls sie ihn ausspräche, mit ihrem Sturz rechnen müßte, denn auch mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei, die sich gestern gegen jede „Rücksichten auf leere Prestigebedürfnisse" ausgesprochen hat, würde sie sich nicht am Ruder erhalten können.

Meldungen, daß in amerikanischen Finanzkreisen der Gedanke eines **Vorgehens der übrigen Notenbanken der Welt ohne Frankreich** erörtert wurde, mögen zwar richtig sein, aber andere Meldungen aus **Washington** besagen deutlich, **daß die dortigen Finanzkreise nervös sind und ein solches Risiko scheuen.** Es ist ja schon vor einigen Tagen gemeldet worden, daß die amerikanischen Banken und auch die englischen sich nur im Einvernehmen mit den französischen Finanzkreisen an der geplanten internationalen Hilfsaktion für Deutschland beteiligen wollen. Man fürchtet bei einem Abseitsstehen der Franzosen, oder nur einer „finanziellen Neutralität" das Risiko wegen der dadurch in Europa drohenden politischen Möglichkeiten, und in **London** fürchtet man außerdem auch noch eine **finanzielle Gegenaktion Frankreichs**, die sich auch in der Zurückziehung französischer, kurzfristiger Kredite in England zeigen könnte. **So stark ist die französische Kapitalmacht,** die ihr politisches Gewicht zuerst bei dem Angriff auf die österreichische Kreditanstalt gezeigt hat, ein Druck, von dem Österreich bekanntlich nur durch den Eingriff der Bank von England gerettet werden konnte. Sogar in New York scheint man etwas diese Macht zu fürchten, da die dortigen französischen kurzfristigen Kredite auf 250 bis 500 Millionen Dollar geschätzt werden.

Gegenwärtig verhandelt der englische Außenminister **Henderson in Paris**, der sich ja dann zum Wochenende nach Berlin begibt, um mit Macdonald zusammen dort die angekündigte Unterredung mit den deutschen Staatsmännern zu haben. Auch der amerikanische Außenminister, Staatssekretär **Stimson**, ist in Paris eingetroffen. Somit liegt augenblicklich dort das **Schwergewicht der deutschen Krise, die ja in Wirklichkeit viel mehr, eine europäische, eine Weltkrise ist,** und Frankreich hat demgemäß auch die Verantwortung für alles Kommende in erster Linie. Weist man Deutschland ganz auf den Weg zur Selbsthilfe, so wird ihm wahrscheinlich gar nichts anderes übrig bleiben, als von sich aus ein **Moratorium** zu erklären. Aber die Verflechtung der Weltwirtschaft ist so groß, daß wahrscheinlich daraus ein **allgemeines Moratorium** entstehen würde, womit bereits englische Blätter als „dem Schlimmsten, was die nächsten Tage bringen könnten", rechnen.

* * *

Reichspräsident von Hindenburg ist heute, Mittwoch, vormittag 7.09 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Ostpreußenzuge wieder in Berlin eingetroffen.

Der Ältestenrat des Reichstags wurde vom Präsidenten **Löbe** für Freitag, den 17. Juli, vormittags 11 Uhr einberufen.

Sommerspielzeit in Karlsruhe

Im städt. Konzerthaus begann gestern abend das diesjährige Operetten-Gastspiel. Sein Motto wird zwar, wie gleich die Eröffnungsvorstellung zeigte, vorab mehr auf liebende Auffrischung längst bekannter und nachgerade volkstümlich gewordener Werke lauten, denn auf Darbietung neuerer oder gar neuester Produktion. Aber wenn alle Beteiligten auch weiterhin so edelmütig sind, sich einer vielleicht doch etwas veralteten Sache wirklich mit bester Kraft anzunehmen, dann wird nicht nur **„Der Walzertraum"**, mit dem man anfing, eines sprühenden Erfolges sicher sein.

Wir wollen uns indessen vorläufig hier nur auf einige allgemeine kritische Bemerkungen beschränken, können jedoch trotzdem schon heute feststellen, daß mit der Übernahme der künstlerischen Leitung durch **Viktor Pruschka** und mit einer entsprechenden Beteiligung der Kräfte des Badischen Landestheaters zweifellos kein Fehlgriff getan wurde. An diesem ersten Abend wenigstens herrschte Kurzweil durchaus vor, es wurde ebenso flott gespielt wie elegant getanzt und schön gesungen, daneben natürlich auch fließend konferiert und mitunter sogar geistreich gewitzelt. Zu den männlichen Säulen des Ensembles zählt außer den einheimischen bewährten Solisten wie **Karlheinz Löser, Karl Mehner** und **Hermann Lindemann** vor allem der erste Tenor **Walter Lederer**, um den bald nicht nur die weiblichen Bühnensterne kreisen werden. Ja sowohl **Lilli Dank** (Prinzession Helene) wie **Hertha Densen** (Franzi) wurden sicher schon beneidet, daß sie aus Beruf sich dieser uniformierten Zentralsonne nahen durften. Im Übrigen scheinen in **Otto Schnitzer** und **Karl Hertenstein** ebenfalls recht tüchtige Darsteller gewonnen, während unter den Frauen noch besonders **Hermine Ziegler** interessiert, der das Publikum selbstverständlich als alter Bekannter vor vornherein herzlich zujubelte. In der musikalischen Leitung erwies sich sofort **Bruno Zilzer** als österreichischer Spezialist des Faches und überraschte durch eine im Konzerthaus sonst ungewohnte Sauberkeit auch der eigentlich orchestralen Wiedergabe. Recht angenehm berührte des weiteren die gesamt-szenische Ausstattung, in die sich **Emil Reißner** (Regie) und **Torsten Hecht** (Bühnenbild) teilten.

H. Sch.

Professor Wagemann zur Lage

In der neuesten Nummer des Wochenberichts des **Konjunkturforschungsinstituts** äußert sich dessen Leiter **Prof. Wagemann** wie folgt:

Ursache der gegenwärtigen Vertrauenskrise waren vielleicht **außenpolitische Momente**, ferner die psychologischen Ausstrahlungen einzelner **privatwirtschaftlicher Zusammenbrüche.** Vor allem aber war es die seltsame **Unlogik**, die jede Panik zu beherrschen pflegt. **Nicht Überfluß, sondern Mangel an Noten droht der deutschen Wirtschaft.** Da sie zur Aufrechterhaltung ihres Zahlungsverkehrs ein bestimmtes Minimum an Scheinen benötigt, ist eine Verminderung des Notenumlaufs, wie sie durch den Verlust an Deckungsmitteln erzwungen wird, nicht von einer Geldentwertung, sondern von einer Geldwertsteigerung, d. h. von Preissenkungen begleitet.

Für den gegenwärtigen Umfang der Wirtschaftstätigkeit kann man mit der Notwendigkeit eines Notenumlaufs von mindestens 4 Milliarden Reichsmark rechnen. Gehen diese Deckungsmittel verloren, so wird Deutschland gezwungen sein, entsprechende **Warenmengen auf den Weltmärkten abzusetzen,** unter den gegenwärtigen Umständen also zu verschleudern. Das bedeutet zunächst für die deutschen Unternehmungen empfindliche Verluste. Es bedeutet aber gleichzeitig **ungeheuere Verschärfung des Konkurrenzkampfes** auf den ohnehin erschütterten Auslandsmärkten. Die aus einer Vernichtung der deutschen Kreditreserven entstehenden Schwierigkeiten würden somit nicht auf Deutschland beschränkt bleiben, sie würden die gegenwärtig ebenfalls um Absatz und Rentabilität kämpfenden **ausländischen Unternehmungen** ebenso bedrohen.

Die zunächst aus Deutschland abgezogenen **Devisen** würden also unter allen Umständen **wieder nach Deutschland zurückkehren** müssen. Es scheint geradezu ausgeschlossen, daß die ausländischen Wirtschaftsführungen einen solchen Prozeß ohne **Gegenaktion** laufen lassen können, zumal er schon unmittelbar die ausländischen Kreditsysteme selbst in die Katastrophe hineinziehen würde. Solche Gegenaktion würde erleichtert, da das Ausland über die aus Deutschland abgezogenen Gelder verfügt, die sich bei den ausländischen Banken ansammeln.. Die panikartige Zurückziehung der ausländischen Kurzkredite bedeutet nichts weniger als eine **schwere Störung des weltwirtschaftlichen Kreislaufes.**

Prof. Wagemann schätzt, daß **Kapitalflucht und Kreditabziehungen** in den letzten Monaten einen Betrag von 3 bis 4 Milliarden Reichsmark erreicht haben. Dabei sind Kapitalflucht und Kreditabziehungen in Höhe von 1,6 Milliarden allein durch die Gold- und Devisenverluste der Reichsbank gedeckt worden. Möglich sei, daß von dem Devisenbestand der Kreditbanken, der Ende 1930 3,6 Milliarden betrug, auch noch 1½ Milliarden oder mehr abgezogen worden seien.

Friedrich von Payer †

Im Alter von 84 Jahren ist am Dienstag in Stuttgart Wirkl. Geheimer Rat Friedrich v. Payer, der letzte kaiserliche Vizekanzler, nach kurzer Krankheit verschieden.

Der nun hochbetagt dahingegangene deutsche Staatsmann hat erst dieser Tage seinen Geburtstag feiern können. Er war am 12. Juni 1847 in Tübingen als Sohn eines Universitätspedells geboren. 1871 ließ er sich in Stuttgart als Rechtsanwalt nieder. Seit 1877 trat er politisch als demokratischer Abgeordneter zum Reichstag hervor, wo er mit geringen Unterbrechungen den Wahlkreis Tübingen-Reutlingen bis 1918, d. h. bis zum Ende des alten Reichstages vertrat. Payer wurde mit den Jahren aus einem fast radikal-demokratischen Volkstribun ein gemäßigter Politiker, der im Reichstag zu den eifrigsten Anhängern der Bülowschen Blockpolitik gehörte. Während des Krieges wurde Payer am 12. November 1917 zum **Vizekanzler** und Stellvertreter des Reichskanzlers (seit 1. November 1917 Graf Hertling) an Stelle des am 9. November 1917 zurückgetretenen Dr. Helfferich ernannt. Als der Reichskanzler Graf Hertling am 30. September 1918 zurücktrat, lehnte Payer mit Rücksicht auf sein Alter die Nachfolgschaft ab, und es kam zu der Reichskanzlerschaft des Prinzen Max von Baden. Der letzte Aufruf der Reichsregierung an das Volk vom 4. November 1918 wurde auch von Payer unterzeichnet. Payer wurde dann in die Verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt, wo er den Vorsitz der deutschen demokratischen Fraktion übernahm. Mit der Tätigkeit dort schloß die öffentliche politische Wirksamkeit Payers ab. In den neuen Reichstag ließ er sich nicht mehr wählen. Ebenso lehnte er ab, als im Juni 1920 ihm das württembergische Staatspräsidium angeboten wurde.

Der Konflikt in Rom

Die faschistische Partei zur Enzyklika

Dienstag nachmittag trat unter dem Vorsitz **Mussolinis** das **Direktorium der faschistischen Partei** zusammen. Das Parteidirektorium hat in bezug auf die kürzlich erschienene **päpstliche Enzyklika drei Erklärungen** angenommen, worin es heißt:

1. Das Direktorium der faschistischen Partei protestiert auf das bestimmteste gegen die Behauptungen der Enzyklika, wonach der Eid der Schwarzhemden mit Rücksicht auf das Brot, die Karriere oder das Leben abgegeben werde. Die Schwarzhemden haben bewiesen, daß sie auf Brot, Karriere und auch auf das Leben verzichten können, wenn es für das Vaterland oder die faschistische Revolution notwendig ist. Die **schwere Beleidigung** wird deshalb zurückgewiesen, mit der man versucht hat, ihre durch Opfer schon bewiesene Treue zu erniedrigen.

2. Das Direktorium der faschistischen Partei lehnt mit Entrüstung und mit genauer Kenntnis der Tatsachen die Behauptung des Vatikans ab, wonach die **Freimaurer** wieder zu Ansehen in den Reihen der Partei gelangt seien. Das Direktorium der faschistischen Partei wacht, um zu vermeiden, daß die alten Überbleibsel der demokratisch-freimaurerisch-liberalen Kreise wieder irgendwelche Tätigkeit aufnehmen können. Nach dieser Klarlegung stellt das Direktorium der faschistischen Partei das unerhörte Bündnis fest, daß sich zwangsweise zwischen Vatikan und den Freimaurern gebildet hat, die heute durch die gemeinsame **Feindschaft gegen den faschistischen Staat** verbunden sind.

3. Das Direktorium der faschistischen Partei protestiert gegen die Lügen und wendet sich gegen Behauptungen, die in einer aus vatikanischer Quelle stammenden ausländischen Note gegen die faschistischen Knabenverbände Balilla enthalten sind, und erklärt, daß es niemand erlaubt sein darf, eine große Organisation zu verleumden, für die Tausende von streng ausgewählten Faschisten, Tausende von Lehrkräften der öffentlichen Schulen und zweitausend Kapläne arbeiten, eine Organisation, die diejenigen vorbereiten soll, die die faschistische Revolution fortsetzen werden.

Das Reichskabinett nahm Dienstag nachmittag zunächst den Bericht des Reichsbankpräsidenten über seine Baseler Verhandlungen entgegen. In einer Abendsitzung, die um ½12 Uhr beendt wurde, wurden die Richtlinien der im Laufe des heutigen Nachmittags zu fassenden Beschlüsse beraten, durch die die gegenwärtigen **Bankfeiertage wieder abgebaut** und normale Verhältnisse wiederhergestellt werden sollen.

Der deutsche Außenhandel

im Juni und im ersten Halbjahr 1931

Die **Einfuhr** im Juni beträgt 607 Mill. Reichsmark. Gegenüber der tatsächlichen Einfuhr im Mai (585 Mill. Reichsmark) **ergibt sich eine** Zunahme, die ganz überwiegend auf die Einfuhr **von** Rohstoffen entfällt; zu einem geringen Teil hat auch die Einfuhr von Fertigwaren zugenommen. Die **Ausfuhr** stellt sich im Juni auf 713 (Mai 747) Mill. Reichsmark. Die Abnahme der Ausfuhr, die sich einschließlich der Reparations-Sachlieferungen auf 37 Mill. Reichsmark, darunter auf 26 Mill. Reichsmark bei den Fertigwaren, beziffert, beruht überwiegend auf dem weiteren Absinken des durchschnittlichen **Preisniveaus**, das gegenüber dem Vormonat um 3 v. H. **gefallen** ist. Die mengenmäßige Abnahme der Ausfuhr ist hinter dem saisonmäßigen Rückgang, wie er in den Vorjahren vom Mai zum Juni eingetreten ist, bemerkenswert zurückgeblieben.

Die **Handelsbilanz für Juni** schließt mit einem **Ausfuhrüberschuß von 106 Mill. Reichsmark** ab; einschließlich der Reparations-Sachlieferungen übersteigt der Wert der ins Ausland abgesetzten Waren die Einfuhr um 139 Mill. Reichsmark. Die Zunahme der Einfuhr von Rohstoffen verteilt sich auf eine ganze Reihe von Waren. Die Lebensmitteleinfuhr ist tatsächlich kaum gesunken. Au dem Rückgang der Ausfuhr von Fertigwaren sind insbesondere die Textilerzeugnisse (— 12 Mill. Reichsmark) und Eisenwaren (— 11 Mill. Reichsmark) beteiligt.

Im **ersten Halbjahr 1931** beträgt die tatsächliche **Einfuhr** 3700 Mill. Reichsmark (von den ausgewiesenen 3806 Mill. Reichsmark sind 106 Mill. Reichsmark als durch Lagerabrechnungen überhöhter Betrag auf die Einfuhr im Vorjahr zu übertragen). Die **Ausfuhr** ohne Reparations-Sachlieferungen stellt sich in den ersten 6 Monaten dieses Jahres auf 4518 Mill Reichsmark; an Reparations-Sachlieferungen sind in dieser Zeit Waren im Wert von 250 Mill. Reichsmark ausgeführt worden.

Mithin ergibt sich für das erste **Halbjahr 1931 ein tatsächlicher Ausfuhrüberschuß** von **818 Mill. Reichsmark**; unter Einrechnung der Reparations-Sachlieferungen übersteigt die Ausfuhr den Wert der tatsächlichen Einfuhr um 1068 Mill. Reichsmark.

Der SPD.-Parteiausschuß

Für Verständigung mit Frankreich

Der Parteivorstand, der Parteiausschuß und die Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben in gemeinsamer Sitzung am Dienstag eine **Kundgebung** „An das deutsche Volk" beschlossen, die, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, u. u. besagt:

„Die **Krise** hat sich geklärt. Zusammenbrüche großer Industrie- und Bankunternehmungen zeichnen ihren Weg. Mit ihnen bricht die Lüge von der „marxistischen Mißwirtschaft" zusammen, die erfunden wurde, um von den wahren Schuldigen abzulenken: dem kapitalistischen System und seinen Vertretern. Die bankrotten Finanzmagnaten sind keine Marxisten, sondern Geldgeber der Antimarxistischen Propaganda. Die Sozialdemokratie fordert seit Jahren unermüdlich Erhärtung des gemeinwirtschaftlichen Einflusses, Stellung der kapitalistischen Großunternehmungen unter die Aufsicht des Staates. Ihre Forderung blieb unberücksichtigt. Jetzt fordern die Kapitalisten Rettung durch den Staat. Das kapitalistische Unternehmen ruft nach dem Gelde des Auslandes. Aber ein wesentlicher Teil dieses Unternehmertums hat den verhängnisvollen Wahlsieg der nationalsozialistischen Reaktion im September vorigen Jahres unterstützt und ihr kapitalzerfressendes Treiben mit allen Mitteln gefördert. Wir fordern geschlossene Umkehr. Staatliche Hilfe ist nur gerechtfertigt, wenn der staatliche Anschluß im Interesse der Allgemeinheit dauernd gesichert bleibt. Eine dringliche Vereinigung der Wirtschaft muß herbeigeführt werden, ohne Rücksicht auf kapitalistische Sonderinteressen. Arbeiter und Angestellte sind durch unbedingte Sicherung ihrer Ansprüche auf Lohn, Gehalt oder Unterstützung vor der verderblichen Krise, deren Opfer sie sind, zu schützen. Mit Nachdruck erneuern wir die Forderung auf Abänderung der Notverordnung vom 5. Juli und auf Beseitigung des verfügten sozialen Unrechts. Ausländische Hilfe in ausreichendem Maße tut not. Dazu bedarf es in der **Außenpolitik der Verständigung,** die weder mit herausfordernden Haßparaden belastet ist, noch auf leere Prestigebedürfnisse Rücksicht nimmt."

Danach beschäftigte er sich mit Organisationsfragen. Es wurde betont, daß die **Einheit und Geschlossenheit der Partei** in der gegenwärtigen Zeit mehr denn je eine unbedingte Notwendigkeit sei. Es müsse alles unterbleiben, was geeignet sei, diese Geschlossenheit zu gefährden. Diese letztere Bemerkung richtet sich eindeutig gegen die **Opposition** in der Reichstagsfraktion um Seydewitz, Ströbel und Genossen, die in der Zeitschrift „Der Klassenkampf" zur Einsendung von Zustimmungserklärungen für ihren gegen die Politik der Reichstagsfraktion gerichteten Standpunkt aufgefordert hatten.

Mit der Frage der **Reichstagseinberufung** hatte sich der Parteiausschuß nicht zu beschäftigen, da das Angelegenheit der Reichstagsfraktion ist. Es gilt jedoch als sicher, daß die Sozialdemokraten gegen eine Reichstagseinberufung im jetzigen Zeitpunkt sein werden.

Der Reichserwerbslosentag für Berlin verboten. Der Reichsausschuß der Erwerbslosen hatte kürzlich beschlossen, am 15. Juli einen Reichserwerbslosentag in Form von Demonstrationen und Kundgebungen — „als Protest gegen den Hungerfeldzug der Brüning-Regierung" — durchzuführen. Wie wir erfahren, hat der Berliner Polizeipräsident diese Kundgebung für Berlin verboten.

Der Zionistenkongreß in Basel wählte mit 118 gegen 48 Stimmen zum neuen Präsidenten der Zionistischen Organisation den bisherigen Präsidenten der Exekutive, Nahum Sokolow.

Kleine Chronik

Sonntag morgen ereignete sich bei dem Hafen **Alabino**, etwa 47 Kilometer von **Moskau**, ein **schweres Flugzeugunglück.** Der stellvertretende Chef des Stabes der Roten Armee, der stellvertretende Leiter des Amtes für Motorisierung und Mechanisierung, sowie ein Mitarbeiter des Stabes der Roten Armee, ferner zwei Flieger, ein Beobachter und zwei Flugzeugmechaniker, also 8 **Personen**, wurden **getötet.**

Der südslavische Generalkonsul Dr. **Barckhauser** in **Berlin** ist in seiner Wohnung In den Zelten **erschossen aufgefunden** worden. Ob Mord oder Selbstmord vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Nach einer Meldung aus **Graz** ist der Berliner Großindustrielle Geheimrat Werner **Schütte**, Inhaber der Maschinenfabrik **Schuchardt und Schütte**, auf der Rückreise nach Berlin im Kraftwagen schwer verunglückt. Schütte erlitt einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen. Auch seine Gattin ist schwer verletzt. Er steht im 48. Lebensjahre.

In Ohlenstedt bei **Bremen** ist ein Besitztum niedergebrannt. Auf der Unglücksstätte fand man die **Leichen** des Besitzers und zweier Kinder. Zwei weitere Kinder werden vermißt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Getreideanbau und Ernteschätzung in Baden im Jahre 1931

Nach Feststellung des Badischen Statistischen Landesamts sind die Getreideanbauflächen, mit Ausnahme der mit Sommergerste angesäten Fläche, in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr unbedeutend zurückgegangen. Die Verminderung ist am stärksten beim Spelz (7,4 v. H.), Winterroggen (6,8 v. H.) und Hafer (3,3 v. H.). Die Winterweizenfläche zeigt eine Abnahme um ungefähr 2 v. H. Eine Abkehr vom Roggenbau läßt sich also auch in diesem Jahr feststellen, ohne daß der Weizenanbau entsprechend zugenommen hätte, wie das bisher beobachtet werden konnte.

Nach Schätzung der badischen Saatenstandsberichterstatter ist in unserm Land eine **gute Mittelernte** zu erwarten, sofern keine besondere Zwischenfälle, wie Hagelschaden usw., eintreten. Die Erträge vom Hektar werden voraussichtlich größer sein, als im letzten Jahr. Bei Winterroggen sind statt 12,9 Doppelzentner vom Hektar im Jahr 1930, in diesem Jahr vermutlich 14,4 Doppelzentner zu erwarten; für Winterweizen ergeben sich anstatt 14,8 Doppelzentner nunmehr 16,8 Doppelzentner, für Sommergerste gegenüber 14,2 Doppelzentner im letzten Jahr jetzt 16,4 Doppelzentner. Bei Hafer ist eine Steigerung von 13,8 Doppelzentner auf 16,2 Doppelzentner festzustellen, während der Spelzertrag — auf die Flächeneinheit gerechnet — ungefähr gleich bleiben wird. Die teilweise verminderten Anbauflächen sind somit durch erhöhte Erträge von der Flächeneinheit ausgeglichen, so daß bei Winterroggen (56 400 Tonnen) und Spelz (28 200 Tonnen) der Gesamtertrag ungefähr der gleiche ist, wie im Vorjahr. Beim Winterweizen werden die Erträge vermutlich um ein Zehntel (90 400 Tonnen in diesem Jahre gegenüber 81 400 Tonnen im Jahre 1930), bei Hafer um ein Siebtel (87 400 Tonnen gegenüber 77 100 Tonnen) und bei der Sommergerste um nahezu ein Fünftel (88 700 Tonnen gegenüber 75 600 Tonnen) höher sein, als im Jahre 1930.

Ein Erlaß über Privattelephongespräche der Beamten

Justizminister Wittemann veröffentlicht einen Erlaß des Finanzministers hinsichtlich der neuen Vorschriften über Fernsprechdienstanschlüsse. In dem Erlaß des Justizministers wird bestimmt, daß die in den **Diensträumen vorhandenen Fernsprechanschlüsse** von **Beamten und Angestellten zu Privatgesprächen nur ausnahmsweise benützt** werden dürfen. Wird Rechtsanwälten, Parteien, Zeugen oder sonstigen Personen die Benützung des Fernsprechers gestattet, so haben sie die daraus entstehenden Gebühren zu ersetzen.

Die Vergütungen für die Benützung **dienstlicher Fernsprechanschlüsse** in **Wohnungen** zu Privatgesprächen und die Gebühren für ersatzpflichtige Gespräche werden nach den Vorschriften der Justizrechnungsordnung zurückerhoben. Diensträume dürfen an das Fernsprechnetz nur dann angeschlossen werden, wenn die dienstlichen Bedürfnisse dem dadurch entstehenden Kostenaufwand rechtfertigen und die erforderlichen Geldmittel bereit gestellt sind. Wohnungen von Beamten dürfen mit Genehmigung des zuständigen Ministeriums auf Staatskosten nur dann an das Fernsprechamt angeschlossen werden, wenn es aus dienstlichen Gründen erforderlich ist, daß die Wohnungsinhaber auch außerhalb der Dienststunden durch Fernsprecher erreicht werden können.

Aus dem Landtag

Nunmehr haben auch die **Deutschnationalen** Einberufung des Landtags gefordert. Die Forderung hat aber kaum Aussicht auf Verwirklichung.

Gegen das badische Notgesetz hat auch der Verband badischer Gemeinden Stellung genommen. Es sei ohne die vorgeschriebene Anhörung der Gemeinden zustandegekommen. Der Vorstand weist darauf hin, daß die Gemeinden vielfach ihre laufenden Unterstützungsaufwendungen kaum noch bestreiten können. Die neuen Belastungen durch das Notgesetz werden als untragbar erklärt. Der Vorstand hat infolgedessen beschlossen, beim Badischen Landtag entsprechende Vorstellungen zu erheben, damit dieser nötigenfalls andere Wege zur Sanierung der Staatsfinanzen beschreite.

Die Effektenbörse in Mannheim

Auf Ersuchen des Reichswirtschaftsministers bleibt die Effektenbörse einschließlich der Devisenbörse in Mannheim **bis Samstag, den 18. Juli** einschließlich **geschlossen.**

Aus der badischen Industrie

Stillegung bei den Krenter-Werken in Nußloch. Infolge der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage sind bei den Krenter-Werken Absatzstockungen eingetreten. Die Fabrikleitung hat sich entschlossen, eine völlige Umorganisation vorzunehmen und zu diesem Zweck den Betrieb auf einige Zeit stillzulegen, sobald die vorbereiteten Einlagevorräte aufgebraucht sind. Nach der Durchführung der Umstellung sollen sämtliche Arbeitskräfte wieder eingestellt werden. Die vorübergehende Schließung des Betriebs betrifft etwa **800 Personen.**

Wieder Arbeitsfriede bei Daimler-Benz. Wie wir erfahren, hat die Belegschaft der Daimler-Benzwerke, Werk Mannheim, die seit einigen Tagen geübte passive Resistenz nunmehr aufgegeben. Am Dienstag wurde die Arbeit mit Arbeitsbeginn in allen Abteilungen wieder voll aufgenommen.

Aus der Landeshauptstadt

Vorsicht bei Auslandsreisen! Wie aus dem Ausland berichtet wird, werden an den ausländischen Bankschaltern und Wechselstuben Marknoten vielfach nicht in Devisen oder fremde Geldsorten eingewechselt, solange die Mark nicht notiert wird. Daraus folgt, daß man mit Auslandsreisen vorsichtig sein muß, da die meisten Reisenden **nicht in der Lage** sein werden, sich vorher **mit genügenden Devisenbeträgen** auszustatten.

Gegen die badische Notverordnung veranstalteten die kommunalen Beamten und Angestellten der Städte **Karlsruhe, Durlach** und **Ettlingen** eine Protestversammlung. In einer Entschließung wurde die Notverordnung vom 9. Juli „als verfassungswidrig und rechtsungültig" abgelehnt und sofortiger Zusammentritt der Volksvertretung und die Aufhebung der Notverordnung verlangt. Vom Reichspräsidenten wird verlangt, daß er das Notgesetz außer Kraft setze. Die badischen Städte müßten die Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht als rechtsungültig ablehnen.

Die Demonstranten vor dem Café Odeon vor dem Schnellrichter. Im Schnellverfahren gegen die nationalsozialistischen Protestler in und vor dem Café Odeon am Samstag- und Sonntagabend, deren Demonstration sich gegen die ungarische Kapelle richtete, in der Meinung, diese seien Juden, wurden Freiheits- und Geldstrafen ausgesprochen. Der 19jährige Gärtnerlehrling Roman **Baumann** aus Karlsruhe erhielt wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung **drei Monate Gefängnis.** Fünf weitere Angeklagte, die sich an den Ausschreitungen beteiligten, erhielten wegen Beamtenbeleidigung, Hausfriedensbruchs und Mißachtung polizeilicher Anordnungen, **Geldstrafen von 30** *RM*, sowie **Gefängnisstrafen zwischen einer Woche und 10 Tagen.**

Wetterbericht der Bad. Wetterwarte, Karlsruhe, vom Mittwochmorgen: Das atlantische Tief zieht über den Kanal nach Mitteleuropa. Zur Stunde des Berichts befindet sich unser Gebiet noch innerhalb des Ausgleichsregengebietes der Warmluft; mit dem Weiterzug der Zyklone kommen wir in den Bereich der kühlen Rückseitenströmung, die für morgen unbeständiges Wetter in Aussicht stellt. **Voraussage:** Kühler und unbeständig, mit zum Teil gewittrigen Regenschauern. Frische westliche bis nordwestliche Winde.

Wasserstände: Waldshut 374 plus 3, Basel 197 plus 12, Schusterinsel 262 plus 8, Kehl 402 plus 29, Maxau 566 plus 5, Mannheim 490 plus 17, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Heidelberg,** 15. Juli. Die **Beerdigung von Professor Gundolf** fand heute vormittag 11 Uhr auf dem hiesigen Bergfriedhof statt. Mit der allgemeinen Trauerfeier auf dem Friedhof war auch eine Gedenkfeier der Universität verbunden, die den großen Lehrer und Schriftsteller damit besonders geehrt hat.

DZ. **Hilsbach** (Amt Sinsheim), 13. Juli. Die Einwohnerschaft wurde nachts zwischen 2 und 3 Uhr durch Feueralarm aus dem Schlafe geschreckt. In dem Wohnhaus des Landwirts Josef **Vetter** war aus noch unaufgeklärter Ursache ein Brand ausgebrochen, der auch auf das Wohnhaus von Karl **Kesel** übergriff. Die **beiden** erst vor kurzem **neu erstellten Gebäude** wurden ein **Raub der Flammen,** ebenso ein Holzschuppen. Die Scheunen blieben von dem verheerenden Element verschont.

bld. **Walldorf** (bei Wiesloch), 14. Juli. Hier **starb** im Alter von 85 Jahren der Begründer der Maquetschen Fabriken in Heidelberg, Kurt Maquet. Die Firma Maquet war von ihm auf eine ältere Firma aufgebaut worden. 1899 wurde sie in eine G. m. b. H. umgewandelt, 1923 zur A.-G. und im Jahre 1929 mit der Heidelberger Schnellpressenfabrik verschmolzen. Er war einer der noch wenigen letzten Mitkämpfer des Feldzuges 1870/71.

DZ. **Kehl,** 14. Juli. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hatte auf Sonntag hier einen **Aufmarsch** von 2 bis 3000 S.-A.-Leuten in Uniform geplant gehabt. Durch das Uniformverbot wurde der Aufmarsch unterbunden und lediglich die Kapelle des Sturmbann Karlsruhe veranstaltete am Nachmittag in der **vollbesetzten** Stadthalle ein Militärkonzert. Schon bei der Ankunft der auswärtigen Teilnehmergruppen kam es zu **Störungsversuchen** seitens einiger **Kommunisten** vor dem Verkehrslokal der Nationalsozialisten. Nach dem Konzert setzten sich eben vor diesem Lokal die Reibereien fort, bis es schließlich zu **Tätlichkeiten** zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam. Die Polizei griff aber rasch ein und stellte die Ruhe wieder her.

Handel und Wirtschaft

Reichsbank-Rediskontkredit um drei Monate verlängert. Die Reichsbank bestätigt nunmehr, daß der von den internationalen Notenbanken und der BIZ. eingeräumte 100-Millionen-Dollar-Rediskontkredit, der bekanntlich am 16. Juli fällig war, um **drei Monate bis Mitte Oktober verlängert** worden ist.

Zur Durchführung der Bankfeiertage wurde eine weitere Verordnung erlassen. Es wird darin bestimmt: Die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Juli 1931 festgesetzten Bankfeiertage gelten als staatlich anerkannte **allgemeine Feiertage im Sinne der Wechselordnung und des Scheckgesetzes.** Sind in gerichtlichen, verwaltungsgerichtlichen und verwaltungsbehördlichen Verfahren für die Zahlung von Gebühren, Auslagen, Vorschüssen, oder für den Nachweis einer solchen Zahlung Fristen vorgesehen, an deren Ablauf sich Rechtsnachteile knüpfen, und fällt der letzte Tag der Frist auf einen Bankfeiertag, so endet die Frist nicht vor Ablauf einer Woche nach dem letzten Bankfeiertage.

Aktienindex für die Zeit vom 6. bis 11. Juli. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924 bis 1926 gleich 100) stellt sich für die Woche vom 6. bis 11. Juli 1931 auf 75,7 gegenüber 78,7 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 69,8 (73,9), Gruppe verarbeitende Industrie auf 65,9 (68,6) und Gruppe Handel und Verkehr auf 98,1 (100,6).

Ermäßigter Weizenzoll bis 31. Juli in Kraft. Im Reichsanzeiger Nr. 161 vom 14. Juli 1931 wird eine Verordnung veröffentlicht, nach welcher die Weizenzollermäßigung auf 20 *RM* je Doppelzentner bis 31. Juli 1931 verlängert wird. Das für diese Zeit zur Einfuhr zugelassene Kontingent beträgt 5 Proz. derjenigen in- und ausländischen Weizenmenge, die in dem Quartal April/Juni 1930 von den Mühlen vermahlen wurde, die überhaupt Auslandsweizen für ihre Produktion verwendet haben, während für die Zeit vom 16. Juni bis 15. Juli 20 Proz. eingeführt werden konnten.

Zwei Rigaer Banken geschlossen. Zwei Rigaer Kreditinstitute, die Internationale Bank und die Libauische Bank, welche mit einem erheblichen Anteil deutschen Kapitals gearbeitet haben, mußten am Dienstag infolge der deutschen Bankfeiertage vorübergehend ihre Schalter schließen. Da beide Banken keine eigenen Verluste erlitten, wird in den nächsten Tagen wieder eine normale Abwickelung der Geschäfte erwartet. In den Bankkreisen und dem Publikum Rigas haben diese Schließungen keinerlei besondere Aufregung hervorgerufen. Der Ministerrat hat die Einbringung einer Dringlichkeitsvorlage im Parlament beschlossen, wodurch die Regierung ermächtigt wird, die Sicherheit der Bankdepositen zu garantieren, nötigenfalls soll den bedrängten Banken ein zweitägiger Bankfeiertag gewährt werden.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Versetzt:

Verwaltungsobersekretär Alfred **Theobald** beim Bezirksamt Lörrach zu jenem in Engen, Verwaltungsoberinspektor Karl **Rheinhardt** beim Bezirksamt Bretten zu jenem in Offenburg.

Kraft Gesetzes in den Ruhestand getreten:

Kanzleiassistent Hermann **Riegger** beim Bezirksamt Mannheim.

Entlassen auf Ansuchen:

Gendarmeriehauptwachtmeister Erich **Feßler** in Waldshut.

L. Schweisgut Pianos

Erbprinzenstraße 4, beim Rondellplatz

Die bevorstehenden

Ferien

eignen sich zur Vornahme größerer

Klavier-Reparaturen

Dieselben übernimmt zur gediegensten Ausführung

Ludwig Schweisgut

Erbprinzenstr. 4, beim Rondellplatz

Telephon Nr. 1711

L.97

Renchtal — Kl. Familienpension

Landhaus

Herrl. Lage, Waldnähe, Balkonwohnung, 3 schöne Zimmer u. Küche m. allem Zubehör, Garten etc. möbliert oder unmöbliert an kinderl. Familie dauernd zu vermieten. Näheres unter Nr. L.294 an die Exp. d. Bl.

Wir werben für Sie!

Auszug aus der amtlichen Gewinnliste der Darmstädter Pferdemarkt-Lotterie

Bei der am 22. April 1931 stattgehabten Ziehung wurden von den in Baden genehmigten Losen nachstehende Nummern mit folgenden Gewinnen gezogen: Silbergewinne im Werte von RM. 2.— (auf Wunsch 90% in bar): 3420, 3422, 3459, 3465, 3489, 3491, 3531, 3644, 3680, 3700, 3724, 3777, 3799, 3819, 11072, 11114, 11168, 11185, 11615, 11645, 11651, 11742, 11792, 11913, 11988, 18002, 18086, 18112, 18296, 18356, 18410, 18479. Die Auszahlung erfolgt durch

Eberhard Fetzer, Karlsruhe i. B., Kreuzstr. 28

Gebäudefahnen
Hißflaggen
Banner

liefert zu bill. Preise. Katalog gratis u. franko

Carl Neff's Fahnenfabrik
Biberach a. d. Riß. L.206

PORPHYRWERK DOSSENHEIM

HANS VATTER
DOSSENHEIM / BERGSTR.

Liefert aus Schlag- und Kleinschlag ... erstklassiges

STRASSENBAU-MATERIAL

A.973. **Karlsruhe.** Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma **Albert Mändle & Co.,** Inhaber Paul Ruben in Karlsruhe, Ostendstraße 15, und die Verfügungsbeschränkung sind nach erfolgter Bestätigung des Vergleichs vom 19. Mai 1931 aufgehoben worden. Karlsruhe, den 10. Juli 1931. Geschäftsstelle des **Amtsgerichts A 9.**

Zum Neubau der Telegraphenwerkstätte Karlsruhe öffentlich zu vergeben Blechner- und Dachdeckerarbeiten (teerfreies Pappdach). Pläne, Bedingnisheft bei der Hochbaubahnmeisterei Karlsruhe, Bahnhofsplatz Nr. 1, Zimmer 79, wo Vordrucke persönlich abzuholen sind. Angebote verschlossen, postfrei mit der Aufschrift „Neubau einer Telegraphenwerkstätte Karlsruhe Angebot auf . . . . . arbeiten" versehen längstens bis Montag, den 27. VII. 31, 10 Uhr an die unterfertigte Stelle einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Karlsruhe, den 13. Juli 1931. **Reichsbahnbetriebsamt 1.** R.563

Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus

Mittwoch, den 15. Juli 1931

Zum erstenmal

Die Rose von Stambul

Operette von Leo Fall

Dirigent: Zilzer

Regie: Reißner

Mitwirkende:

Löser, Jeßner, Jensen, Lederer, Schnitzer, Macher, Ziegler, Hofer, Hellmuth, Mehner, Kurr

Anfang 20. Ende geg. 23

Preise 1—4 *RM.*

Donnerstag, 14. Juli 1931

Ein Walzertraum

Operette von Oscar Strauß

Dirigent: Zilzer

Regie: Reißner

Mitwirkende:

Löser, Schnitzer, Jank, Ziegler, H. Lindemann, Lederer, Hertenstein, Jensen, E. Rivinius, Mehner, E. Lindemann

Anfang 20 Ende geg. 23

Preise 1—4 *RM*

Fr. 17. 7. Die Rose von Stambul. Sa. 18. 7. Ein Walzertraum. So. 19. 7. Die Rose von Stambul

Ettlingen. R.560

Güterrechtsregistereintrag: Band II Seite 119: **Rutschmann Gustav,** Rieter in Ettlingen und Franziska geb. Birk, Vertrag vom 25. Juni 1931: Gütertrennung.

Ettlingen, 11. Juli 1931.

Amtsgericht.

Karlsruhe. A.972

Güterrechtsregistereinträge.

1. Zu Band II Seite 123: **Ühlein Friedrich,** Chauffeur, Karlsruhe und Anna Rosa geb. Hacker. Vertrag vom 22. Juni 1931. Gütertrennung.

2. Seite 124: **Fischer Leopold,** Kaufmann, Karlsruhe und Brunhilde geb. Diesbach. Vertrag vom 15. Juni 1931. Gütertrennung. 4. VII. 31.

3. Seite 125: **Goerger Hermann,** Kaufmann, Karlsruhe und Anna geb. Hölken. Vertrag vom 15. Juni 1931. Gütertrennung. 6. VII. 31.

4. Seite 126: **Binkert Oskar Wilhelm,** Kaufmann, Karlsruhe und Rosa Juliane geb. Walz. Vertrag vom 5. Juni 1931. Gütertrennung. 7. VII. 31.

Amtsgericht Karlsruhe.

Inserieren bringt Gewinn

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 28 — Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 162 — 15. Juli 1931

Badische Trachten und Volkssitten

Von W. Sigmund

I.

Unter diesem Titel erschien vor 100 Jahren von Dr. Josph Bader ein mit hübschen Stahlstichen und kolorierten Bildern geschmücktes Werk. Noch erfreuen wir uns in manchen Gegenden des Landes der farbigen Trachten; aber immer mehr neigt der Nachwuchs der städtischen Kleidung zu. Bader plaudert in fesselnder Weise über die Trachten; er möge uns einzelnes daraus erzählen. In die Bilderreihe seien einzelne Skizzen eingefügt: der Schwarzwälder Jahrmarkt, die Wallfahrer, die Strohflechterinnen, das Kegelfest. Wie manches aus der alten Zeit ist heute verschwunden, vergessen, überholt oder auch geblieben. Hören wir darum um so lieber aus der Vergangenheit.

Die Hauensteiner

Von den verschiedenen Bewohnerschaften des badischen Landes sind die Hauensteiner diejenigen, welche ihre mittelalterliche Verfassung, Tracht und Sitte am längsten bewahrt haben. Sie bewohnen einen kleinen Landstrich am südlichen Abhang des Schwarzwaldes, zwischen dem Rheinstrom und dem Feldberg, von Waldshut aufwärts bis Säckingen. Diese Lage führt eine große Verschiedenheit der einzelnen Gegenden mit sich. Auf der Höhe des Gebirges wechseln öde Heiden mit düstern Tannenwaldungen, während im Rheintal die fruchtbarsten Gefilde blühen und der mittlere Teil ein ziemlich mildes, von vielen Talschluchten durchschnittenes Hochland bildet.

Die Nahrungszweige der Hauensteier bestehen hauptsächlich in Ackerbau, in der Viehzucht und Industrie. Denn am Rhein und auf der Hochebene werden die besseren Getreidearten gepflanzt, und die Täler sind häufig mit üppigen Triften und Matten bedeckt. Das Hochgebirge dagegen, wo kaum der Hafer und die Kartoffel gedeiht, hat die Bevölkerung zu einer industriellen Gewerbstätigkeit genötigt, welche hauptsächlich in der Wollspinnerei und -weberei besteht, daneben aber eine Menge von **Küblern, Besenbindern und Nagelschmieden** zählt.

Den Charakter der Hauensteiner hat man häufig mit zu schlimmen Farben geschildert; man hat ihn heimtückisch und roh genannt, eigensinnig und rechthaberisch, frech und widerspenstig. Freilich haftet als garstiger Makel vieles von diesen Eigenschaften am hauensteinischen Volk, und seine Rauf- und Prozeßsucht kann nicht geleugnet werden. Aber es besitzt auch löbliche und schöne Charakterseiten, es ist ausdauernd, fromm, gemütlich, munter und besonders witzig. Seine physische Beschaffenheit zeichnet sich durch Gesundheit, Stärke und Rüstigkeit aus; man findet Manns- und Jünglingsgestalten von riesenhafter Größe. Gerne erkennt man in der bei den Hauensteinern vorherrschenden blonden Haar- und blauen Augenfarbe den alten Alemannen.

Unter den hauensteinischen Sitten trägt noch manche ganz das Gepräge der mittelalterlichen Symbolik, wie sich denn verschiedene uralte Gebräuche, welche das Verhältnis des Meisters und der Meisterin zum Gesinde, des Oberknechts und der Obermagd zu den niederen Dienstboten bezeichnen, uralte Tauf-, Hochzeit- und Begräbnisgebräuche noch vielfach erhalten haben.

Die Jugend legt einen großen Wert auf Tanz und Gesang. Der Walzer und Hopper sind die einzigen üblichen Tanzarten, wobei jedes Paar, vereint oder getrennt, ganz nach Willkür, unter den anderen herumtanzt. Es entsteht auf diese Art ein buntes Durchkreuzen und Ineinanderschlingen der Reihen, und die Gewandtheit der Tänzer im Wenden und Drehen, im Vor- und Nachgeben, macht es ihnen möglich, auf dem beschränktesten Tanzplatz, der bald unter einer Laube, bald in einer Stube oder Scheune genommen wird, noch Raum für ihre Bewegungen zu finden.

Die Lieder, welche man im Hauensteinischen hört, sind meistens ernsthaften Inhalts. Es spricht sich die Wehmut, die Sehnsucht vorherrschend darin aus, wie in der alemannischen Poesie überhaupt. Die Mundart gehört zu den klangvollsten in Alemannien. Sie klingt stark und voll und wird mit starkem Gepräge gesprochen.

Was aber bei den Hauensteinern am meisten anspricht und gefällt, bleibt ihre **Kleidertracht.** Die Mannstracht besteht in einem weitärmeligen Krös- oder Mutschenhemd, einem roten, bis über die Hüften reichenden Leible, welches man zur Seite öffnet und schließt, in kurzen gefälteten Pumphosen oder Hozen ohne Träger, einer ebenfalls schwarzen, weiten und langen Jacke, Schopen genannt, mit breiten Seitentaschen, ohne Kragen, in weißen Strümpfen, schwarzen Schuhen, mit roten Laschen und in einem niedrigen, breitrandigen Filzhut, der aber erst in neuerer Zeit an die Stelle eines hochgupfigen, zugespitzten Hutes getreten ist. Ehedem trugen die Männer sämtlich lange Bärte, welche ihr Aussehen ungemein hoben.

Die jungen Burschen gehen meistens ohne Leible; ihren Hauptstaat macht eine grüne, mit Goldborten und breitem Marderpelze verbrämte Samtkappe und ein weißes gefälteltes Krägelein oder Halskrös. Knöpfe kennt der Hauensteiner von echtem Stil nicht; er schließt und heftet alles mit Haften und Nesteln.

Die Frauen tragen im allgemeinen alles schwarz, bis auf die roten Strümpfe, die Mädchen dagegen alles äußerst bunt, meistenteils blaue oder gelbe gefältelte Juppen, rote Leibchen mit schwarzen Samtbändern belegt und vorn mit gestickten Brustlatzen und samtenen oder seidenen Brisnesteln, ferner schwarze, grüne oder rote Schopen, bunte Göller, grüne oder blaue Schürzen oder Fürtücher, weiße Strümpfe, schwarze Schuhe mit roten Laschen, schwarze Plunderkappen mit goldgestickten Böden oder weiße Schnozhüte, breite seidene Zopfbänder über den Rücken und silberne oder messingene Gürtel um den Leib.

Das kleine Volk der Hauensteiner bestand zum größten Teil aus freien Zinsbauern des Stiftes St. Blasien. Wenn durch irgendwelche politischen Händel die öffentliche Sicherheit gefährdet war, so taten sie sich zu einer „Einung" zusammen, in einen Schutzbund gegen innere und äußere Feinde. Zur Wahrung der Landesgrenzen wurden an den Hauptpässen große Schanzen aufgeworfen, welche Lezen genannt wurden und auf deren Verteidigung sich das Aufgebot gewöhnlich zu beschränken pflegte.

Die Schapbacher

Eines der rauhesten Täler des mittleren Schwarzwaldes ist dasjenige der Wolfach. Von den vielen Nebenbächen vereinigt sich die wilde Schapbach mitten im Schoß des Tales mit derselben; am Zusammenflusse dieser Bergwasser liegt der Ort Schapbach, welcher der Gegend den Namen gab.

Längs der Wolfach hin zieht sich die Straße von Wolfach über Schapbach nach Rippoldsau und sodann nach der Kniebisstraße. Das Ganze dieser Berg- und Waldgegend trägt auch vollkommen das Gepräge des den Fremden oft so schauerlich geschilderten forêt noire = (Schwarzwald).

Dem Charakter der Heimat entsprechend, gestalten sich auch die Eigenschaften des Volkes der Schapbacher; es ist gesund, kräftig, einfach, an rauhe Arbeit gewöhnt und an Entbehrung. Seine Nahrungsquellen sind die Viehzucht, der Harz- und Holzhandel. Dieser Handel ist hier schon uralt und hat einzelnen Familien einen bedeutenden Reichtum verschafft.

Die Kleidung der Schapbacher zeigt noch viel Eigentümliches. Der nicht breitkrempige runde Hut, das schwarze Halstuch um den steifen Hemdkragen, das rote Leibleinen, die dunkelgraue, rotverbrämte Jacke, die schwarzen kurzen Beinkleider und die weißen Strümpfe charakterisieren so ziemlich die Mannestracht.

Ein breiter, flacher, blendend gelber Strohhut mit einem Rosennest, eine schwarze Haube mit weißen Spitzen, goldenem Boden und rotem Bande, ein grellfarbiges Halstuch, ein schwarzer Spenzer, eine dunkelrote Juppe, ein gestreiftes Fürtuch mit hochblauem Bande und blaue Strümpfe mit roten Zwickeln bilden die Hauptbestandteile der weiblichen Bekleidung.

Die Todtnauer

Ganz zu hinterst im Wiesental liegt Todtnau mit seiner Kirche, seinen Fabriken und Bauernhütten. Die „tote Au" mochte die Gegend ehedem mit vollem Rechte heißen; jetzt aber ist es lebendig dort. Todtnau verdankt seinen Ursprung den **Silberbergwerken,** welche das Kloster St. Blasien schon vor alter Zeit hier betreiben ließ. Später verlegten sich die Todtnauer auf die **Bürsten- und Zunderfabrikation;** leider hat die letztere durch die Erfindung der Zündhölzchen einen bedeutenden Schlag erlitten.

Man würde nicht glauben, was für einen Handel das kleine Todtnauer Tal ins Ausland treibt wenn nicht die statistischen Angaben uns davon überzeugten. Überall konnte man, wie den Hochschwarzwälder mit seinen Uhren, so auch den Todtnauer, seine Bürsten- und Zunderwaren über die Achsel geworfen, handelnd einherziehen sehen, unermüdlich im Verschleiße seiner Waren.

Wie Hebel die „Wiese" als Markgräfler Mädchen ausstaffiert

„Halt mer e wenig still, i will di jetz lutherisch chleide; 's schickt si nümme, barfis z'laufe, wemmer so groß isch. Do sin wißi Baumwolle-Strümpf mit chünstlige Zwickle (leg sie a, wannd 'chasch!) und Schueh und silberni Rinkli: Do ne grüen Rock — vom breit verbändlete Libli fallt bis zu de Chnödlene abe Fältli a Fätli. Sitzt er recht? Tue d'Häftli i und nimm do des Brusttuech, sammet und roserot. Jetz flicht i der chünstlige Zupfe us de schöne, sufer g'strählte flächsene Hoore. Obe vom wiße Näcke und biegsam in de Zupfe verschlunge, fallt mit beide-n Ende-a-e schwarze sidene Bendel bis zum tiefe Rocksaum abe. G'fallt d'r die Chappe, wasserblaue Damast und gestickt mit goldene Blueme? Zieh die Bendel a, wo in de Rinklene durgoht, unter de Zupfe dure, du Dotsch, und über de-n Ohre fürsie mit-em Lätsch und abe gegen-nem G'sicht zue. Jetz e side Fürtuch her und endli der Hauptstaat, zwänzig Elle lang und breit e Mailänder Halstuch! Wie-n e luftig G'wülch am Morgehimmel im Früehlig schwebt's der uf der Brust, stigt mit-em Othem und senkt si, wahlet der über d' Achsle und fallt in prächtige Zipfle über de Rücke-n abe, sie rusche, wenn d'en im Wind gosch. Hät me's lang, se loßt me's lang hanke, hör i mi Lebtig.

D'Ärmel, denk wohl, hängsch an Arm, wil's Wetter so schön isch, 'aß me 's Hemd au sieht und dini gattige-n Ärmli, und de schi-Huet nimmsch in d' Hand am sidene Bendel; d' Sunne git ei'm wärmer, und schint ei'm besser in d' Auge.

Jetz wärsch usstaffiert, aß wenn de hoffertig si wotsch, und de g'fallsch mer selber wieder, chan i der sage. Wie'n es si jetzt freut und wie 's in zimpfere Schritte tänzelet und meint, es seig d'Frau Vögtene selber. Wie 's si Chöpfli hebt und jede-n Augeblick zruckschielt, öb me 's ächt au b'schaut, und öb ma'n-em- ordeli nohluegt. Jo, de bisch jo hübsch, und jo, du Närrli, mer luege, du Markgröfler Maidli, mit diner guldige Chappe, mit de lange Zupfe-n und mit de längere Horschnuer und am vierfach z'semeg'setzte flattrige Halstuch.

Ein Schwarzwälder Uhrenhändler

Zur Werbung für die notleidende Schwarzwälder Uhrenindustrie hat sich ein Schwarzwälder Kaufmann vor kurzer Zeit entschlossen, in der Originaltracht der wandernden Uhrenhändler vor 200 Jahren mit beladener Uhrenkrätze eine Fußwanderung durch West- und Nordeuropa zu machen, die in ihrer Route und Ausrüstung völlig jener Wanderung gleicht, welche die Schwarzwälder Uhrenhändler vor 200 Jahren unternommen hatten, um ihre Produkte in aller Welt abzusetzen. Der Uhrenhändler, der sich zur Zeit schon in Frankfurt auf der dortigen Ausstellung der Uhrenindustrie befindet, wird durch das Rheintal zu Fuß nach Holland ziehen, Holland durchwandern und nach England übersetzen, um die britische Insel bis hinauf nach Edinburg zu durchziehen. Die weitere Fahrt wird den Uhrenhändler nach Oslo und später nach Stockholm bringen und durch Dänemark zurück nach Deutschland führen. Ursprünglich war der Marsch durch Frankreich vorgesehen; mit einer unverständlichen Hartnäckigkeit aber hatten die französischen Behörden dem wandernden Kaufmann, trotz seines Nachweises, daß er vollkommen seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten könne, die Einreise von Kehl über eine Woche lang verwehrt. Der wandernde Uhrenhändler hatte es daraufhin vorgezogen, Frankreich trotz der nachträglich gewährten Einreisegenehmigung nicht zu berühren.

Der Kaufman ist an seiner schmucken Tracht leicht erkenntlich: ein langer, schwarzer, rotgefütterter Mantel, runder Schwarzwälder Hut, rote Weste, ein vatermörderähnlicher Kragen mit schwarzer Schleife, hohe Stulpstiefel und derber Wanderstock sind die äußere Ausrüstung des Uhrenhändlers. Auf dem Rücken trägt er eine genaue Nachbildung der Tragkrätzen, wie sie vor 200 Jahren von den Uhrenhändlern zur Beförderung ihrer Produkte benutzt wurden. Eine Anzahl verschiedenartiger Schwarzwalduhren, neuerer Kuckucksuhren, aber auch Nachbildungen alter, darunter der ersten Uhr des Schwarzwälder Uhrenbaues aus dem Jahre 1640, befinden sich auf der Krätze. Die Wanderung wird voraussichtlich eine Dauer von 2 Jahren erfordern.

Die römische Badruine in Badenweiler

Um die Möglichkeit weiterer Ausgrabungen an der römischen Badruine in Badenweiler zu beraten, tagte in Badenweiler unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Dr. **Asal** vom Badischen Unterrichtsministerium eine Kommission von Archäologen und Geologen der Universität Freiburg, des urgeschichtlichen Instituts, der Staatlichen Bäderverwaltung usw. Regierungsrat Dr. **Mylius,** der im Spätherbst 1930 mit neuen Ausgrabungen begonnen hatte, die zu einer anderen Auffassung über die Baugeschichte des römischen Bades führte, gab an Ort und Stelle einen eingehenden Überblick. Die Umrisse der Anlage, die beim Einbruch der Alemannen durch Brand zerstört wurden, wurden genau festgestellt, neue Stützgewölbe gefunden, Brandschichten, die Ziegel und Gefäßreste enthalten, wurden aufgedeckt, usw. Über die neuesten Forschungen soll demnächst eine abschließende Veröffentlichung erscheinen.

Gustav Hecht: Karl Schenkel und Richard Reinhard, zwei badische Staatsmänner. Mit 2 Bildnissen. (Heidelberg, Carl Winters Universitätsbuchhandlung, 1931. 2 *RM.*) Die Schrift bringt auf 46 Seiten nicht nur die kurzgefaßten Lebensbeschreibungen des badischen Ministers des Innern Karl Schenkel (1900—1907) und des gleichzeitigen außerordentlichen Mitglieds des Staatsministeriums und Direktors der Forst- und Domänendirektion Richard Reinhard, sondern gibt im Rahmen dieser zwei Biographien zugleich ein Bild der politischen Lage Badens in den Jahren 1896 bis 1906, also in den letzten Lebensjahren Großherzog Friedrichs I. Schenkel war der Schöpfer der Verfassungsreform von 1904. Der Name Reinhard ist verknüpft mit der Geschichte der Klosterfrage in Baden, deren Lösung im Sinne einer Aufhebung des Verbots klösterlicher Niederlassungen er anstrebte. Die Darstellung beruht auf der Durchsicht des schriftlichen Nachlasses beider Staatsmänner und bringt daher manches Neue, unter anderem auch über die kirchenpolitische Rolle des bekannten Volksschriftstellers **Hansjakob,** Pfarrer zu St. Martin in Freiburg, durch seine Freundschaft mit Reinhard. Die Schrift enthält daher in streng objektiver Weise ein Stück badischer Geschichte in **den Jahren** unmittelbar vor dem Weltkrieg.

Freiburg—Schwarzwald—Donau—München. Die an landschaftlicher Schönheit unübertroffene Westostverbindung von Freiburg durch das Höllental und Donautal nach München wird durch eine mehrfarbige Reliefkarte, die als Faltprospekt soeben erschienen ist, in hervorragender Weise veranschaulicht. Eine Verkehrskarte und zahlreiche Illustrationen bilden eine wertvolle Ergänzung. Bei der großen Bedeutung der wichtigen Fremdenzentren Freiburg mit Schwarzwald sowie Donautal und München mit den bayerischen Alpen wird dieses ausgezeichnete Orientierungsmittel ganz besondere Beachtung finden, um so mehr als die direkten Verbindungen Freiburg—München und München—Freiburg erst in diesem Jahre wieder wichtige Verbesserungen erfahren haben. Die Reliefkarte, deren Zustandekommen einer Gemeinschaftsarbeit zwischen den berührten Fremdenstädten und Kurorten mit den an der Strecke beteiligten Reichsbahndirektionen zu danken ist, kann durch die Herausgeber sowie gegen Einsendung von 20 *Rpf* franko durch den Badischen Verkehrsverband Karlsruhe bezogen werden.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg